



Institut für Föderalismus
Institut du Fédéralisme
Institute of Federalism

Universität Freiburg
Institut für Föderalismus
Rte d'Englisberg 7
CH-1763 Granges-Paccot

ab 16. Juni 2014:
Av. Beauregard 1
1700 Freiburg

Kantonale Volksabstimmungen vom 18. Mai 2014 – die Ergebnisse

Les votations cantonales du 18 mai 2014 – les résultats

Angenommene Vorlagen sind grün, abgewiesene Vorlagen sind rot eingefärbt.

Les textes acceptés sont signalés en vert; les textes rejetés sont signalés en rouge.

A. Übersicht / Aperçu.....	S./p. 1
B. Im Detail / Dans le détail	S./p. 4

A. Übersicht / Aperçu

1. Änderungen von Kantonsverfassungen / Modifications des constitutions cantonales:



AR: Kantonsverfassung, Teilrevision (Reform der Staatsleitung)



BE: Volksinitiative «Mühleberg vom Netz»



BL: Änderung der Kantonsverfassung «Einführung einer Gewerbe-parkkarte»



NE: Initiative constitutionnelle populaire cantonale «Avenir des Crêtes: au peuple de décider!» *et* contre-projet du Grand Conseil sous forme d'un décret portant modification de la Constitution de la République et Canton de Neuchâtel (Cst.NE)



SO: Änderung der Kantonsverfassung: Erneuerbare Energien in die kantonale Verfassung



TI: Principi di gestione finanziaria e freno ai disavanzi pubblici (Modifica della Costituzione cantonale)



ZH: Änderung der Kantonsverfassung : Juristische Personen werden von der Kirchensteuer befreit

2. Obligatorisches oder fakultatives Gesetzesreferendum / Référendum législatif, obligatoire ou facultatif :



BE: Gesetz über die kantonalen Pensionskassen (PKG), Hauptvorlage *und* Eventualantrag (Fak.) (**Hauptvorlage ist angenommen worden**)



BL: Änderung des Gesetzes über die berufliche Vorsorge durch die Basellandschaftliche Pensionskasse (Pensionskassengesetz) (Oblig.)



LU: Gesetz über Ausbildungsbeiträge (Stipendiengesetz) (Fak.)



SH: Teilrevision des Wasserwirtschaftsgesetzes (Oblig.)



SO: Totalrevision des Gesetzes über die öffentlichen Ruhetage (Fak.)



TI: Sussidi di cassa malati (Modifica della legge cantonale di applicazione alla legge federale sull'assicurazione malattie) (Fac.)



TI: Amnistia fiscale (Modifica della legge tributaria) (Fac.)



VS: Loi cantonale sur les soins de longue durée (Fac.)

3. Gesetzesinitiative / Initiatives législatives :



AG: Aargauische Volksinitiative «JA für Mundart im Kindergarten»



BE: Änderung des Gesetzes betreffend die Handänderungssteuer



BS: Kantonale Volksinitiative betreffend «Grossbasler Rheinuferweg jetzt! »



GE: Initiative 146 «Stop aux hausses des tarifs des Transports publics genevois!»



SG: Einheitsinitiative «Energiewende – St.Gallen kann es!» *und*
Gegenvorschlag des Kantonsrates in Form des V. Nachtrags zum Energiegesetz vom 26.
November 2013



VD: Initiative populaire «Sauver Lavaux» *et*
Contre-projet du Grand Conseil modifiant la loi sur le plan de protection de Lavaux (LLavaux).



VS: Initiative populaire cantonale «pour un salaire minimum légal»



ZH: Kantonale Volksinitiative «Keine Werbung für alkoholische Getränke auf Sportplätzen
sowie an Sportveranstaltungen im Kanton Zürich»

4. Konkordate / Concordats :



SO: Zustimmung zur Änderung des Konkordats über Massnahmen gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen

5. Finanzreferendum / Référendum financier :



BS: Grossratsbeschluss vom 23. Oktober 2013 betreffend «Verkehrsdrehscheibe Badischer Bahnhof – Tram Erlenmatt und Vorplatz Badischer Bahnhof» (68 Mio) (Fak.)



GE: Loi ouvrant un crédit au titre de subvention d'investissement de 3 129 406 F pour les années 2013 à 2015 pour participer au financement de la construction, sur territoire français, de cinq parcs relais (P+R) d'intérêt transfrontalier, (11115) du 29 août 2013 (Fac.)

B. Im Detail / Dans le détail

AG



Aargauische Volksinitiative «JA für Mundart im Kindergarten» vom 31. Mai 2012

JA (55.5 %)

Die Initiative will das kantonale Schulgesetz so ändern, dass die Unterrichtssprache im Kindergarten grundsätzlich die Mundart sei.

Wie in allen Deutschschweizer Kantonen ist die Unterrichtssprache an der Aargauer Primarschule und an der Oberstufe Hochdeutsch. An den Kindergärten hingegen wird in Mundart und Hochdeutsch unterrichtet. Im Lehrplan des Kindergartens ist festgelegt, dass die Lehrpersonen während eines Teils des Unterrichts Hochdeutsch sprechen sollen.

Die Initiantinnen und Initianten verlangen, das kantonale Schulgesetz so zu ändern, dass die Unterrichtssprache im Kindergarten grundsätzlich die Mundart sei.

Regierungsrat und Grosser Rat halten am Nebeneinander von Mundart und Hochdeutsch im Kindergarten fest. Für den schulischen und beruflichen Erfolg und die soziale Integration seien Mundart und Hochdeutsch gleichermassen wichtig. Der Kindergarten soll den Kindern die Chance bieten, sich unbeschwert und spielerisch mit beiden Sprachformen auseinanderzusetzen. Die Verpflichtung, teilweise Hochdeutsch zu sprechen, gälte übrigens für die Lehrpersonen, nicht für die Kinder.

Dagegen argumentieren die Initiantinnen und Initianten, dass eine gesunde Bindung zur Muttersprache ein wichtiger emotionaler Pfeiler in der Entfaltung der Kinder sei. Es sei unbestritten, dass Kinder Halt und Geborgenheit bräuchten. Sie hätten deshalb ein Anrecht darauf, sich in der Muttersprache auszudrücken. Fremdsprachige Kinder sollten ebenfalls die Möglichkeit erhalten, Mundart zu erlernen. Der Kindergarten soll damit einen wesentlichen Beitrag zur Integration leisten. Eine zusätzliche Sprache – wie das Hochdeutsche – könne im Kindergarten den Boden für sprachliche Verunsicherung nähren und sei ein folgenschwerer Eingriff in das lokale Kulturerbe.

Eine Minderheit im Grossen Rat spricht sich für eine Annahme der Volksinitiative aus. Zu ihren Hauptargumenten gehört die Tatsache, dass es in einer schnelllebigen und globalisierten Welt besonders wichtig sei, die eigenen Werte und die eigene Kultur hochzuhalten. Übrigens gäbe es zahlreiche Kinder,

die keine Kenntnis der Mundart hätten; für diese Kinder sei es besonders wichtig, dass sie einen Bezug zur Mundart bekämen.

Im Rahmen der Behandlung der Mundartinitiative hat der Regierungsrat beschlossen, den minimalen Anteil von Hochdeutsch im Unterricht zu senken. Damit soll den Anliegen der Mundartförderung entgegengekommen werden. Während die Sequenzen in Hochdeutsch bisher mindestens die Hälfte der Unterrichtszeit umfassten, wird es in Zukunft nur noch mindestens ein Drittel sein.

Blick auf andere Kantone:

In 17 der 21 deutschsprachigen Kantone gehört es zum Auftrag des Kindergartens, neben der Mundart auch den Zugang der Kinder zu Hochdeutsch zu fördern. Die Lehrpläne der anderen Kantone sprechen im Minimum von der «Möglichkeit», als Ergänzung zur Mundart auch Hochdeutsch zu verwenden, oder verzichten auf eine Aussage über die Sprachverwendung.

Volksinitiativen oder Motionen mit dem Ziel, die Mundart als ausschliessliche Unterrichtssprache im Kindergarten gesetzlich zu verankern, sind in einer Reihe von Kantonen gescheitert. In einem Kanton (ZH) gilt infolge der Annahme einer Volksinitiative generell die Mundart als Unterrichtssprache im Kindergarten.

Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation:

https://www.ag.ch/media/kanton_aargau/alle_medien/dokumente/aktuell_3/wahlen_abstimmungen/abstimmungen_1/archiv/2014_05_18/Abstimmungsbroschuere_18_Mai_2014.pdf

AR



Kantonsverfassung, Teilrevision (Reform der Staatsleitung)

JA (65.76 %)

Mit der Reform der Staatsleitung sollen diverse grundlegende Bestimmungen in der Kantonsverfassung über die Organisation, die Zuständigkeiten und die Zusammenarbeit von Kantonsrat und Regierungsrat geändert werden. Ziel der Vorlage ist die Stärkung dieser beiden obersten Kantonsbehörden.

Die Reform der Staatsleitung soll Rahmenbedingungen für eine bessere Zusammenarbeit von Parlament und Regierung schaffen. Dazu gehören neue organisatorische Bestimmungen, aber auch neue Zuständigkeiten von Kantonsrat und Regierungsrat.

Der Regierungsrat soll von sieben auf fünf Mitglieder verkleinert und das Regierungsmandat vom Haupt- zum Vollamt aufgewertet werden. Ferner soll eine Amtszeitbeschränkung die bisherige Altersbeschränkung ersetzen.

Die Arbeit des Kantonsrates soll künftig durch ein Gesetz geregelt werden. Bisher regelt ein Geschäftsreglement Organisation und Geschäftsverkehr des Kantonsrates.

Die Gestaltung der Aussenbeziehungen soll verfassungsrechtlich als eigenständige Aufgabe von Regierungsrat und Kantonsrat definiert werden.

Schliesslich soll die Reform der Staatsleitung den gestiegenen Erwartungen an eine transparente Politik Rechnung tragen. Dazu gehören die Offenlegung der Interessenbindungen, die Einführung einer Un-

vereinbarkeit von Kantonsratsmandat und bestimmten Funktionen in der kantonalen Verwaltung sowie die Verankerung des Instruktionsverbotes für die Mitglieder des Kantonsrates in der Verfassung.

In einem einzelnen Reformpunkt – der Verkleinerung des Regierungsrates auf fünf Mitglieder – zeigte sich, dass im Kantonsrat nur eine knappe Mehrheit besteht. Der Kantonsrat hat daher mit 43:15 Stimmen bei 2 Enthaltungen entschieden, den Stimmberechtigten in Bezug auf die Grösse des Regierungsrates zwei Varianten zu unterbreiten.

Der von der Mehrheit des Kantonsrates bevorzugte *Hauptantrag* «Regierungsrat bestehend aus fünf Mitgliedern» sieht vor, dass der Regierungsrat um zwei Mitglieder verkleinert wird.

Der *Eventualantrag* «Regierungsrat bestehend aus sieben Mitgliedern» möchte die gegenwärtige Grösse des Regierungsrates beibehalten.

Aufgrund der zwei Varianten wurde folgende Stichfrage angefügt: «Falls beide Anträge für eine Reform der Staatsleitung angenommen werden, soll der Hauptantrag oder der Eventualantrag in Kraft treten?»

Was ist ein Eventualantrag?

Der Begriff Eventualantrag entstammt den Kantonsverfassungen von Appenzell A.Rh und Bern (vgl. Art. 74 der Verfassung des Kantons Appenzell A.Rh. vom 30. April 1995 bzw. Art. 63 der Verfassung des Kantons Bern vom 6. Juni 1993).

Verfassungsrechtlich scheint er nur in diesen beiden Kantonen verankert zu sein. Daneben ist er auf Gemeindeebene geregelt, z.B. im Gemeindegesetz der Kantone SO, SG und ZH.

Mit einem Eventualantrag kann der Grosse Rat einer Vorlage eine Variante gegenüberstellen.

Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation:

http://www.ar.ch/fileadmin/user_upload/Volksrechte/Abstimmung_Wahlen/2014/Edikt_kant_Volksabstimmung_18_Mai_2014.pdf

BE



1. Volksinitiative «Mühleberg vom Netz»

NEIN (63.3 %)

Diese Volksinitiative verlangt, dass der Kanton Bern als Hauptaktionär der BKW AG dafür sorgt, dass das Atomkraftwerk Mühleberg sofort ausser Betrieb genommen wird. Nach dem Entscheid der BKW AG, das Kernkraftwerk 2019 abzuschalten, halten die Kantonsbehörden die Initiative für überflüssig.

Die Initianten erinnern insbesondere an den Atomunfall von Fukushima, nach dem sich ihrer Ansicht nach jede Diskussion über Sicherheit und Laufzeit von Atomkraftwerken erübrige. Sie argumentieren, dass bei einem allfälligen Störfall im Atomkraftwerk Mühleberg der Kanton als Hauptaktionär der BKW AG die Hauptverantwortung tragen würde.

Die Initianten sind überzeugt, dass der Kanton Bern problemlos auf die Atomenergie verzichten könnte, weil heute Technologien zur Verfügung stünden, die eine sichere, kostengünstige und umweltfreundliche Stromproduktion ermöglichen.

Ihrer Meinung nach ist der Weiterbetrieb des Atomkraftwerks zudem unwirtschaftlich, wenn man die Kosten des Uranabbaus und der Lagerung von Atomabfällen mitberücksichtigen würde.

Auch nach der Ankündigung der BKW AG, das Kernkraftwerk Mühleberg im Jahr 2019 vom Netz zu nehmen, hält das Komitee an der Initiative fest. Die Initianten sind der Ansicht, dass das Kernkraftwerk schnellstmöglich abgeschaltet werden müsse. Die Sicherheit der Bevölkerung hätte oberste Priorität.

Die Mehrheit des Grossen Rates lehnt ihrerseits die Initiative inhaltlich ab. Sie findet eine politisch motivierte Befristung des Betriebs aus grundsätzlichen Überlegungen falsch. Das Kernkraftwerk Mühleberg soll so lange betrieben werden, wie es sicher und wirtschaftlich sei. Für die Aufsicht über die Sicherheit sei allein der Bund, vorab das Eidgenössische Nuklearsicherheitsinspektorat (ENSI) und nicht der Kanton zuständig. Ob der Weiterbetrieb wirtschaftlich sei, könne nur die BKW AG beurteilen.

Nach dem Entscheid der BKW AG, das Kernkraftwerk Mühleberg im Jahr 2019 abzuschalten, erachtet die Mehrheit des Parlaments die Initiative als inhaltlich überholt und überflüssig. Eine politisch verfügte Abschaltung des Werks vor diesem Termin könnte Haftungsklagen provozieren und den Kanton finanziell belasten. Zudem bräuchte auch die BKW AG die nötige Zeit, um die Nachbetriebsphase seriös zu planen.

Eine Minderheit im Grossen Rat findet aber, dass das Atomkraftwerk Mühleberg so früh wie möglich abgeschaltet werden müsse, weil die letzten Betriebsjahre eines alten Kernkraftwerks die gefährlichsten seien. Das Beispiel von Deutschland zeige, dass Atomkraftwerke rasch und sicher abgeschaltet werden könnten.

2. Änderung des Gesetzes betreffend die Handänderungssteuer

JA (58.0 %)

Die im Jahr 2010 eingereichte Volksinitiative «Schluss mit gesetzlicher Verteuerung der Wohnkosten für Mieter und Eigentümer» verlangte die Abschaffung der Handänderungssteuer im Kanton Bern. Inzwischen wurde die Initiative zugunsten des Gegenvorschlags des Grossen Rates zurückgezogen.

Die Handänderungssteuer muss bezahlt werden, wenn jemand Grundeigentum, also ein Gebäude, eine Wohnung oder ein Grundstück erwirbt. Sowohl der Regierungsrat wie auch der Grosse Rat lehnten die Volksinitiative aus finanzpolitischen Gründen ab.

Eine Mehrheit des Grossen Rates hat jedoch einen Gegenvorschlag verabschiedet, der eine Reduktion der Handänderungssteuer vorsieht: Beim Erwerb von Grundeigentum soll die Handänderungssteuer bis zu einem Betrag von 800 000 Franken entfallen. Dies soll jedoch nur dann gelten, wenn die Erwerberin oder der Erwerber das Objekt während mindestens zwei Jahren ununterbrochen als Hauptwohnsitz nutzt. Der damit für den Kanton verbundene Einnahmehausfall dürfte bei rund 25 Millionen Franken pro Jahr liegen.

Warum wird nur über den Gegenvorschlag des Grossen Rates abgestimmt?

Der Grosse Rat kann eine Volksinitiative nicht nur unterstützen oder ablehnen. Er kann ihr auch einen Gegenvorschlag gegenüberstellen, also eine andere Lösung, die gewisse Anliegen der Volksinitiative aufnimmt.

Wenn der Grosse Rat zu einer Initiative einen Gegenvorschlag beschliesst, wird normalerweise über beides abgestimmt. Bei der Handänderungssteuer ist das ausnahmsweise nicht der Fall, weil das Initiativkomitee seine Initiative zugunsten des Gegenvorschlags zurückgezogen hat.

Nehmen die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger den Gegenvorschlag an, wird die Handänderungssteuer mit einer Gesetzesänderung reduziert. Lehnen sie den Gegenvorschlag ab, gelten weiterhin die bisherigen Regelungen.

3. Gesetz über die kantonalen Pensionskassen (PKG),

Hauptvorlage

JA (61.7 %)

und

Eventualantrag

JA (61.4 %)

Das Gesetz über die kantonalen Pensionskassen (PKG) soll die berufliche Vorsorge für das Kantonspersonal und die Lehrkräfte langfristig sichern. Es bringt den Wechsel vom Leistungs- zum Beitragsprimat. Zudem setzt das PKG die neuen Bestimmungen des Bundes über die Finanzierung von öffentlich-rechtlichen Pensionskassen um.

Mit den neuen Bestimmungen will der Bund die finanzielle Sicherheit dieser Institutionen langfristig sicherstellen. Weil die Bernische Pensionskasse und die Bernische Lehrerversicherungskasse eine Unterdeckung aufweisen, sollen sie innerhalb von 20 Jahren saniert werden. Für die Sanierung der Pensionskassen braucht es sowohl ein finanzielles Engagement des Kantons als Arbeitgeber als auch einen Beitrag des Personals.

Das bernische Kantonsparlament hat einen Eventualantrag zum PKG verabschiedet. Dieser verlangt, dass sich das Personal finanziell stärker an der Sanierung beteiligt. Gegen das PKG wurde erfolgreich das Referendum ergriffen.

Das Komitee «Milliardenreferendum» ist entschieden der Meinung, dass ein Geschäft mit einer solchen finanziellen Tragweite und mit Auswirkungen auf die nächsten Generationen vom Volk zu entscheiden sei. Der Grosse Rat wollte die Neuverschuldung des Kantons Bern von über 3350 Mio. Franken (Stand Ende 2011) in eigener Kompetenz und unter Umgehung der Schuldenbremse beschliessen. Nun kann das Volk abstimmen.

Die Sanierung der beiden Pensionskassen muss vom Bundesrecht her zwingend erfolgen. Der Stimmbürger soll nun entscheiden, wie diese Kosten zwischen den Begünstigten (Angestellten des Kantons) und dem Arbeitgeber (Kanton / Steuerzahler) zu verteilen sind.

Es wird sowohl über die Hauptvorlage wie auch über den Eventualantrag abgestimmt. Werden beide Varianten abgelehnt, gilt weiterhin die bisherige Gesetzgebung mit Leistungsprimat. Zudem sieht der Bund für diesen Fall vor, dass die Kassen innert 10 Jahren saniert werden müssen.

Bei einem doppelten Nein müsste ein neuer Vorschlag erarbeitet werden. Es ist dabei unbestritten, dass der Kanton als Arbeitgeber seinen Anteil an die Sanierung der Pensionskassen zahlen muss. Die Opfersymmetrie müsste aber gegenüber der Hauptvorlage des Grossen Rats zugunsten des Steuerzahlers verbessert werden.

Warum kein Volksvorschlag bei Eventualantrag?

Mit einem Eventualantrag kann der Grosse Rat einer Vorlage eine Variante gegenüberstellen. Falls der Grosse Rat einen Eventualantrag beschliesst, kann zur Vorlage kein zusätzlicher Volksvorschlag mehr eingereicht werden.

Wird gegen die Vorlage erfolgreich das Referendum ergriffen, wie dies beim vorliegenden Pensionskassengesetz der Fall ist, können die Stimmberechtigten über beide Varianten abstimmen, also über die Vorlage und über den Eventualantrag. Zudem können sie bestimmen, welcher Variante sie den Vorzug geben, falls beides angenommen wird. Sie können aber auch beide Varianten, also die Hauptvorlage und den Eventualantrag, ablehnen.

Anmerkung: Beim Leistungsprimat werden die Leistungen der Pensionskasse im Voraus auf der Grundlage des versicherten Lohnes berechnet; für die Höhe der Altersrente massgebend ist in der Regel der Lohn vor der Pensionierung; dieses System gilt heute bei den beiden kantonalen Pensionskassen. Beim Beitragsprimat richten sich die Leistungen der Pensionskasse nach der Höhe der von den Versicherten und dem Arbeitgeber effektiv einbezahlten Beiträge; dieses System ist vor allem in der Privatwirtschaft, aber inzwischen auch in der öffentlichen Verwaltung verbreitet.

Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation:

http://www.sta.be.ch/sta/de/index/wahlen-abstimmungen/wahlen-abstimmungen/abstimmungen/naechste_abstimmung.assetref/content/dam/documents/STA/AZD/de/evoting/botschaft/botschaft-de.pdf

BL



1. Änderung des Gesetzes vom 20. Februar 2014 über die berufliche Vorsorge durch die Basellandschaftliche Pensionskasse (Pensionskassengesetz)

JA (71.68 %)

Der Bund hat 2010 beschlossen, dass nicht nur privat-rechtliche, sondern neu auch öffentlich-rechtliche Pensionskassen ab dem 1. Januar 2015 eine volle Kapitaldeckung sicherstellen müssen (vgl. auch *supra* Volksabstimmung in BE).

Anlässlich der Volksabstimmung vom 22. September 2013 wurde das neue Pensionskassengesetz vom Baselbieter Stimmvolk angenommen. Damit erhielt die Basellandschaftliche Pensionskasse (BLPK) eine langfristig tragfähige Grundlage, welche der neuen Bundesgesetzgebung entspricht.

Am 8. April 2013 haben 28 Einwohnergemeinden die formulierte Gemeindegesetzinitiative «Ausfinanzierung der Basellandschaftlichen Pensionskasse» eingereicht. Diese verlangte, dass der Kanton nicht nur die Ausfinanzierung der Einwohnergemeinden, sondern auch diejenige aller anderen angeschlossenen Arbeitgebenden à fonds perdu übernimmt.

Der ursprüngliche Gegenvorschlag der Regierung basierte auf einer Unterstützung der angeschlossenen Arbeitgebenden mittels Pooling und Garantien, einer à-fonds-perdu-Ausfinanzierung der Pensionskassenansprüche der Musikschullehrerinnen und -lehrer (29,4 Mio. Franken) und einem Anteil an der Ausfinanzierung der Pensionskassenansprüche der Kindergarten- und Primarlehrkräfte (29,2 Mio. Franken), insgesamt also 58,6 Mio. Franken.

Der Landrat modifizierte den Gegenvorschlag der Regierung und sieht neu einen à-fonds-perdu-Beitrag an die Ausfinanzierung der Pensionskassenansprüche der Gemeindelehrkräfte (inklusive Besitzstand) in der Höhe von 276,1 Mio. Franken vor, wobei das Pooling- und Garantieangebot beibehalten werden soll.

Nach der Zustimmung des Landrates zum modifizierten Gegenvorschlag wurde die Gemeindeinitiative am 20. Februar 2014 zurückgezogen.

Warum eine Volksabstimmung bei Rückzug der Gemeindeinitiative?

Der Landrat hat den modifizierten Gegenvorschlag mit weniger als 4/5 der anwesenden Mitglieder beschlossen. Aus diesem Grunde unterliegt die Änderung des Pensionskassengesetzes der obligatorischen Abstimmung (§ 30 Buchstabe b der Kantonsverfassung).

2. Änderung der Kantonsverfassung vom 13. Februar 2014

«Einführung einer Gewerbeparkkarte»

JA (85.29 %)

Heizungsmonteur, Küchenbauer und andere Gewerbetreibende sind darauf angewiesen, mit einem Fahrzeug an den Einsatzort zu gelangen und dieses während der Einsatzzeit in der Nähe parkieren zu können.

Die zunehmende zeitliche Beschränkung der Parkfelder (z.B. durch blaue Zonen) bringt die Gewerbetreibenden in Agglomerationsgemeinden in Schwierigkeiten. Wie in anderen Städten und Agglomerationen der Schweiz soll daher auch im Kanton BL eine Gewerbeparkkarte eingeführt werden, die das mehrstündige Parkieren von Einsatzfahrzeugen während der Service- oder Montagezeit ermöglicht.

Schweizweit kennen viele Städte und Gemeinden schon seit langem diese sogenannte Gewerbeparkkarte. Für einen monatlichen oder jährlichen Pauschalpreis erhalten Gewerbetreibende das Recht, ihr Einsatzfahrzeug während den Montagearbeiten zeitlich unbegrenzt auf öffentlichen Parkplätzen abzustellen.

Eine Verfassungsänderung für die Gewerbeparkkarte?

Die Parkfelder auf den öffentlichen Strassen liegen fast ausschliesslich auf Gemeindestrassen. Sie stehen in der Hoheit der Gemeinden, sind deren Eigentum und werden von ihnen unterhalten. Damit der Kanton mit der kantonalen Gewerbeparkkarte das Parkieren auf Gemeindestrassen regeln darf, muss neben einer Änderung des Strassengesetzes auch die Kantonsverfassung ergänzt werden.

Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation:

http://www.baselland.ch/fileadmin/baselland/files/docs/parl-lk/wahlen/abst_bro/U20140518_bro_web.pdf



**1. Grossratsbeschluss vom 23. Oktober 2013 betreffend
«Verkehrsdrehscheibe Badischer Bahnhof – Tram
Erlenmatt und Vorplatz Badischer Bahnhof»**

NEIN (51.64 %)

Der Badische Bahnhof soll als Verkehrsdrehscheibe weiter an Bedeutung gewinnen. Gute Verkehrsangebote, kurze Umsteigewege und ein neu gestalteter Vorplatz des Bahnhofs sollen dieses Kleinbasler Eingangstor zur Basler Innenstadt leistungsfähiger und attraktiver machen. Zudem soll der Verkehr am Badischen Bahnhof übersichtlicher und sicherer werden.

Die Gesamtinvestition in das Tram Erlenmatt sowie in den Ausbau des Bahnhofvorplatzes soll knapp 77 Millionen Franken betragen und weit mehr als nur 1.2 Kilometer Gleisneubau zwischen dem Badischen Bahnhof und dem Riehenring umfassen. Der Bundesrat anerkennt den Nutzen der neuen Tramstrecke und soll das Projekt mit rund 12 Millionen Franken aus dem Agglomerationsfonds des Bundes mitfinanzieren.

Gegen diesen Beschluss des Grossen Rates wurde das Referendum ergriffen. Gegnerinnen und Gegner behaupten, dass 68 Millionen für eine 1.2 Kilometer-Tramlinie zu viel seien, dass ein Kostendeckungsgrad von maximal 17 Prozent zu wenig sei und dass ein starker öffentlicher Verkehr auch ohne Tram Erlenmatt möglich sei.

**2. Kantonale Volksinitiative betreffend «Grossbasler
Rheinuferweg jetzt! »**

NEIN (53.93 %)

Diese unformulierte Initiative verlangt, dass der Kanton für einen durchgängigen Steg in unmittelbarer Nähe zum Grossbasler Rheinufer zwischen der Wettsteinbrücke und der Mittleren Brücke sorgt.

Der Grosse Rat hat beschlossen, die Initiative den Stimmberechtigten ohne Empfehlung und ohne Gegenvorschlag zum Entscheid vorzulegen.

Es geht bei dieser Abstimmung um die Grundsatzfrage Rheinuferweg ja oder nein. Für die Initianten soll dieser Steg im Interesse des innerstädtischen Gewerbes liegen, weil die Innenstadt mit ihm attraktiver würde. Falls die Basler Stimmbürgerinnen und Stimmbürger JA sagen, wäre es möglich, später in einer zweiten Abstimmung über das konkrete Projekt zu befinden.

Die Gegnerinnen und Gegner behaupten ihrerseits, dass es bereits viele schöne Aufenthaltsmöglichkeiten am Rhein gäbe und die Zugänglichkeit und Erlebbarkeit des Münsterhügels, der Pfalz und des Rheins auch ohne den Grossbasler Rheinuferweg ausreichend gewährt seien. Da der Rheinuferweg auf der Grossbasler Seite oft im Schatten liegen würde, wäre er vor allem im Winter gefährlich. Zudem sei der Rheinuferweg ein zu starker Eingriff ins geschützte Münsterhügel-Ensemble.

Auf jeden Fall scheine das Vorhaben schwer realisierbar. Die Voraussetzungen für eine Bewilligung eines Rheinuferweges hätten sich gegenüber dem Jahr 2000 verschärft. Mit dem Denkmalschutz und dem Naturschutz sollen der Erstellung eines Rheinuferwegs zwei wichtige öffentliche Interessen entgegenstehen. Würde der Steg als schwerer Eingriff gewertet, müsste mit einer Ablehnung eines entsprechenden Bauprojekts gerechnet werden.

Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation:

<http://www.staatskanzlei.bs.ch/dms/staatskanzlei/w-a/w-a-2014/w-a-2014-05-18-erlaeuterungen.pdf>



1. Initiative 146 «Stop aux hausses des tarifs des Transports publics genevois!» (nouveau scrutin suite à l'invalidation de la votation populaire du 3 mars 2013)

OUI (53.8 %)

Cette initiative populaire N° 146 vise principalement à :

- supprimer la compétence du Conseil d'Etat s'agissant de l'approbation des tarifs des TPG pour la confier au Grand Conseil, en inscrivant ces tarifs dans la loi sur les Transports publics genevois, ceux-ci pouvant dès lors faire l'objet d'un référendum facultatif;
- établir notamment un billet baptisé « Tout Genève » valable 1 heure, à CHF 2.- pour les seniors AVS/AI et les juniors (6 à 18 ans), respectivement à 3.- pour les adultes; un abonnement annuel Tout Genève à CHF 400.- pour les seniors AVS/AI et les juniors (6 à 18 ans), respectivement à 500.- pour les adultes;
- modifier la catégorie «junior» pour l'acquisition d'un abonnement (actuellement valable jusqu'à 25 ans) et d'un billet (valable de 6 à 16 ans), pour la ramener à 18 ans;
- proposer, entre autres modifications supplémentaires, une catégorie unique de carte journalière Tout Genève (actuellement 2 catégories, dont une carte valable dès 9 h, à tarif réduit).

Le comité d'initiative rappelle que, le 3 mars 2013, 56% des citoyennes et citoyens genevois ont déjà voté OUI à cette initiative, mais que suite à un recours, cette votation a été annulée en raison d'erreurs de publication.

De leur côté, les autorités opposées à l'initiative rappellent que les TPG, les CFF et les Mouettes genevoises [des bateaux navigant dans la rade, n.d.l.r.] sont regroupés, avec d'autres entreprises régionales, au sein de la communauté tarifaire Unireso, qui permet de se déplacer avec un seul titre de transport sur l'ensemble des réseaux de Genève et de son agglomération. L'acceptation de l'initiative ferait disparaître ce titre de transport unique.

L'ensemble des modifications tarifaires proposées engendrerait une perte de recettes estimée à 15 - 20 millions de francs par an, à charge de l'Etat. Dès lors, ce manque à gagner pourrait entraîner la suppression de certaines prestations.

Dès lors, même si les objectifs poursuivis par l'initiative peuvent paraître louables, les mesures qu'elle propose rendraient paradoxalement les transports publics moins attractifs, en incitant moins les jeunes de 18 à 25 ans à utiliser trams, bus, bateaux et trains, en raison de tarifs plus élevés, et au vu de la possible suppression de certaines prestations pour compenser les pertes financières qui en résulteraient. De plus, aujourd'hui déjà, en approuvant le contrat de prestations qui lie l'Etat aux TPG, le Grand Conseil aurait la possibilité de réguler la politique tarifaire des TPG.

Le corps électoral genevois est invité à se prononcer **à nouveau** sur l'initiative 146 «Stop aux hausses des tarifs des Transports publics genevois !» à la suite de l'annulation du scrutin du 3 mars 2013 par la Chambre administrative de la Cour de justice (confirmée ensuite par le Tribunal fédéral dans son arrêt 1C_457/2103 du 26 novembre 2013). Le problème tenait en fait à une divergence de texte entre les diverses versions (récolte des signatures, publication dans la FAO, brochure explicative etc.), qui parfois mentionnaient et parfois ne mentionnaient pas le fait que l'abonnement juniors proposé était réservé aux 6 à 18 ans¹.

¹ Pour le texte de l'ATF, cf. <<http://www.daniel-zaugg.ch/wp-content/uploads/2013/12/Arr%C3%AAt-du-Tribunal-f%C3%A9d%C3%A9ral-26.11.2013.pdf>> (consulté le 29.04.2014)

2. Loi ouvrant un crédit au titre de subvention d'investissement de 3 129 406 F pour les années 2013 à 2015 pour participer au financement de la construction, sur territoire français, de cinq parcs relais (P+R) d'intérêt transfrontalier du 29 août 2013 (11115)

NON (51.1 %)

Cette loi vise la création de 831 places de parc destinées aux pendulaires. Ce crédit couvrirait 46.7% de l'investissement, le reste étant à la charge des collectivités françaises, qui assumeront également les coûts d'entretien et de fonctionnement. Ces P+R situés en France, à proximité de la frontière, seraient reliés aux réseaux de transports publics transfrontaliers et viseraient à réduire le trafic routier pendulaire dans le canton. Ils seraient créés dès 2015 dans les lieux suivants :

- Veigy (route de Thonon);
- Annemasse Agglo (Chasseurs et Jean-Monnet);
- Saint-Julien-en-Genevois (gare);
- Valleiry (gare).

Dans sa politique d'agglomération, le canton de Genève s'autorise à participer au financement d'infrastructures sur territoire français, lorsqu'elles sont profitables à l'ensemble de la région du Grand Genève. La construction de parkings d'échange (P+R) à proximité des axes de transports publics fait naturellement partie de cette politique. C'est ainsi que les cinq P+R prévus par cette loi devraient permettre à des pendulaires qui aujourd'hui utilisent leur véhicule privé pour rejoindre leur travail d'opter à l'avenir pour les transports publics et le réseau express régional. Ces P+R viseraient donc prioritairement à soulager les infrastructures routières du canton et à réduire les nuisances liées au trafic routier pendulaire.

Une telle solution serait avantageuse, efficace et aurait le mérite de protéger le sol, une denrée rare à Genève.

Une minorité du Grand Conseil – sans remettre en cause l'impact positif de la mise en place de ces P+R sur la circulation – ne souhaite pas financer ces projets d'infrastructures de l'autre côté de la frontière. Elle estime que ces projets devraient être financés entièrement par les autorités françaises et s'oppose à ce que le canton de Genève investisse sur territoire français.

De son côté, le comité référendaire s'indigne avec véhémence et dénonce la légèreté de certains élus qui, sans scrupule avec l'argent des contribuables genevois, souhaiteraient construire des infrastructures publiques en France.

Il dénonce par la même occasion la construction du CEVA [la liaison ferroviaire transfrontalière Cornavin - Eaux-vives – Annemasse] et la convention franco-genevoise qui prévoit de donner 240 millions de francs à la France sur les 10 prochaines années, en plus de la rétrocession versée sur l'impôt à la source, argent qui ira dans les caisses des mairies et des conseils généraux de l'Ain et de la Haute-Savoie !

Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation:

<http://www.ge.ch/votations/20140518/doc/brochure-cantonale.pdf>



Gesetz über Ausbildungsbeiträge (Stipendiengesetz), Referendumsabstimmung

JA (70.31 %)

Die Ausbildung – besonders der jungen Menschen – dürfte nicht von ihrer finanziellen Lage oder derjenigen ihrer Familie abhängig sein. Mit dem alten Stipendiengesetz von 2002 könne dieses Ziel nur noch teilweise erreicht werden. Der Kantonsrat hat das Stipendiengesetz deshalb einer Gesamtrevision unterzogen. Das neue Gesetz soll eine Verteilung nach dem Giesskannenprinzip verhindern, wäre aber keine Sparvorlage: die Mittel für Stipendien sollen bei rund CHF 10.5 Mio. pro Jahr bleiben, jene für Darlehen sollen um schätzungsweise CHF 1.3 Mio. auf 3.5 Mio. erhöht werden, gleichsam nach dem Motto: weniger Stipendien für höhere und mittlere Einkommen höhere Stipendien für tiefe Einkommen. Gegen diese Vorlage wurde das Referendum ergriffen.

Die Kantonsbehörden rechtfertigen das neue Gesetz mit folgenden Argumenten:

- Stipendien und Darlehen sollen gezielter als bisher nur noch an Personen gewährt werden, die wirklich darauf angewiesen sind. Statt einem breiten Kreis eher kleinere Stipendien oder Darlehen zu gewähren, sollen grössere Beträge an einen kleineren Kreis fliessen.
- Es sollen die effektiven Einkommens- und Vermögensverhältnisse – und nicht mehr das steuerbare Einkommen – sowie realistische, höhere Lebenshaltungskosten zur Berechnung herangezogen werden.
- Es soll mehr Information und Beratung für Ausbildungswillige geben, unter anderem mit einem internetbasierten Stipendienrechner.
- Alle Ausbildungswege sollen einander gleichgestellt werden. Für die höhere Berufsbildung und die Weiterbildung soll der Zugang zu Ausbildungsbeiträgen verbessert werden.
- Für Hochschulstudien sollen mehr Darlehen gesprochen werden, für die Ausbildungen an Berufsschulen und Gymnasien weiterhin ausschliesslich Stipendien.
- Der Zugang zu privaten Stipendien und Darlehen soll gefördert werden.

Ein Referendumskomitee sowie eine Minderheit des kantonalen Parlamentes lehnen ihrerseits die geplanten Änderungen aus folgenden Gründen ab:

- Der Kanton investiere insgesamt zu wenig in die Ausbildungsfinanzierung und es würden weniger Personen in Ausbildung ein Stipendium erhalten.
- Die Aufwertung von Darlehen führe zu einer höheren Verschuldung der Studierenden und dies gefährde die freie Studienwahl.
- Teile der Ausbildungsfinanzierung könnten an Private übertragen werden.

Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation:

http://www.lu.ch/-/media/Kanton/Dokumente/JSD/Wahlen_und_Abstimmungen/Volksbotschaft_2014_05_18.pdf



NE

Initiative constitutionnelle populaire cantonale

«Avenir des Crêtes: au peuple de décider!»

NON (60.84 %)

et

contre-projet du Grand Conseil sous forme d'un décret portant modification de la Constitution de la République et Canton de Neuchâtel (Cst.NE)

OUI (65.05 %)

Cette votation s'inscrit dans le contexte de la coexistence difficile entre la protection des sites naturels et l'énergie éolienne. Il s'agit en effet de renforcer la protection du patrimoine naturel du canton, d'y minimiser les impacts des constructions humaines sur le paysage, la faune et la flore, mais aussi de déterminer dans quelle mesure l'énergie éolienne doit s'inscrire dans cette volonté. Il s'agit de définir en particulier où des éoliennes peuvent être construites, et combien. Il s'agit surtout de permettre à la population de prendre elle-même les décisions en la matière.

Deux manières d'atteindre ce but s'opposent.

D'un côté, une *initiative populaire* demande la mise en place d'un processus de planification impliquant des consultations populaires «en cascade», par votes successifs. Indépendamment des convictions politiques, l'initiative a été jugée problématique dans son application. Elle entraînerait des votations populaires multiples, coûteuses et contraires à la sécurité du droit. En outre, plusieurs de ses revendications (relatives, par exemple, aux antennes de téléphonie, aux autres constructions, à la dimension des éoliennes), seraient difficilement applicables par rapport à la législation ou à l'évolution technologique.

De l'autre, un *contre-projet* du Grand Conseil propose que la population se prononce une seule fois, et tout de suite, sur une intégration, dans la Constitution et dans la loi, des éléments-clés de la politique énergétique et de protection des sites du canton, y compris la fixation des sites d'implantation et du nombre maximum d'éoliennes.

Les autorités font notamment valoir que les sites de parcs éoliens fixés dans la loi seraient situés pour un tiers hors des zones des crêtes et pour le reste dans des secteurs qui connaissent déjà une forte implantation de constructions agricoles, résidentielles, touristiques ou de loisirs. Par ailleurs, le développement d'un maximum de sources d'énergies indigènes réduirait la dépendance, accroîtrait le contrôle et répondrait aussi à un devoir moral: exploiter le moins possible les ressources d'autrui.

Dans ce dossier sensible et chargé d'émotions, les initiants font valoir que dans sa vision « globale » l'État demande de pouvoir bâtir 59 machines hautes de 180 mètres sur les crêtes du canton, en se réservant les choix et les décisions qui en découleraient. Si le contre-projet devait être accepté, dès le lundi 19 mai ces 59 éoliennes pourraient être implantées dans les pâturages neuchâtelois.

En revanche, en acceptant l'initiative, le peuple neuchâtelois garderait le contrôle de ses crêtes, de leur biodiversité fragile et de leurs paysages. Le peuple pourrait y mettre des éoliennes s'il le souhaite, mais c'est lui qui déciderait combien, quand et où.

Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation:

http://www.ne.ch/autorites/CHAN/CHAN/elections-votations/Documents/VotInfo/VotInfo_2014_05_18.pdf



Einheitsinitiative «Energiewende – St. Gallen kann es!»

NEIN (69.4 %)

und

Gegenvorschlag des Kantonsrates in Form des

V. Nachtrags zum Energiegesetz vom 26. November 2013

JA (70.1 %)

Diese Volksinitiative wurde am 6. Juli 2012 eingereicht. Sie fordert explizit:

1. Der Kanton St. Gallen führt in Gestalt einer Spezialfinanzierung eine Energierechnung zur Förderung erneuerbarer Energien und zur Steigerung der Energieeffizienz.
2. Die Spezialfinanzierung wird aus den Erträgen aus kantonalen Beteiligungen an Energiegesellschaften und aus dem allgemeinen Haushalt geäufnet.
3. Die Regelung der Äufnung der Spezialfinanzierung sowie der Verwendung von Mitteln aus der Spezialfinanzierung bewirkt die Ausrichtung von Beiträgen von jährlich wenigstens 50 Mio. Franken / von jährlich wenigstens 1 Prozent des Aufwands der laufenden Rechnung.

Nach der Meinung der Initiantinnen und Initianten habe der Kanton St. Gallen seit 2007/08 ein Energiegesetz und ein Energiekonzept, welche zeitgemäss seien. St. Gallen habe eine Vielzahl von Massnahmen beschlossen, die jedoch auch nach sechs Jahren zum Grossteil aus Geldmangel noch nicht umgesetzt worden seien. Aus diesem Grund wurde eine Finanzierungsinitiative lanciert, um den beschlossenen, sinnvollen und nötigen Massnahmen zum Durchbruch zu verhelfen.

Der Kantonsrat anerkennt, dass im Kanton St. Gallen ein energie- und klimapolitischer Handlungsbedarf bestehe. Gestützt auf das kantonale Energiekonzept sollen daher die Energieeffizienz und die Produktion erneuerbarer Energien erhöht und dadurch ein Beitrag zur künftigen Versorgungssicherheit geleistet werden. Trotzdem lehnt das Kantonsparlament diese Finanzierungsinitiative mit Blick auf die angespannte finanzpolitische Situation ab.

Er stellt der Volksinitiative aber einen Gegenvorschlag mit geringerem kantonalem Finanzbedarf von jährlich CHF 5.4 Mio. gegenüber. Dieser Betrag sei finanzpolitisch verkraftbar und das Förderungsprogramm könnte ausgebaut werden. Damit könnten die Mittel wie bisher wirkungsvoll eingesetzt werden.

Mit diesem V. Nachtrag zum Energiegesetz soll sichergestellt werden, dass dem kantonalen Förderungsprogramm Energie ab dem Jahr 2015 nebst den bisherigen Mitteln von jährlich CHF 2.4 Mio. zusätzliche Mittel von jährlich CHF 3.0 Mio. zur Verfügung stehen. Damit soll neu auch der Wissens- und Technologietransfer im Energiebereich zwischen den Unternehmen im Kanton gefördert werden.

Warum eine Volksabstimmung?

Nach dem Gesetz über Referendum und Initiative vom 27.11.1967 (RIG; sGS 125.1) hat die Regierung eine Volksabstimmung anzuordnen, wenn der Kantonsrat eine Einheitsinitiative ablehnt und ihr einen Gegenvorschlag gegenüberstellt (Art. 53^{bis} – 53^{septies}).

Zudem müssen Gesetze und Beschlüsse des Kantonsrates, die zu Lasten des Kantons für den gleichen Gegenstand eine während wenigstens 10 Jahren wiederkehrende neue jährliche Ausgabe von mehr als CHF 1.5 Mio. zur Folge haben, nach Art. 6 dieses Gesetzes dem Volk zur Abstimmung unterbreitet werden.

Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation:

http://www.abstimmungen.sg.ch/home/sachabstimmungen/abstimmungsbroschueren/Abstimmungsbroschueren_2014/_jcr_content/P ar/downloadlist/DownloadListPar/download.ocFile/36.5.3%20SK%20Kant%20Brosch%C3%BCre%2020140518.pdf

SH



Teilrevision des Wasserwirtschaftsgesetzes

NEIN (58.7 %)

Aktuell begrenzt Art. 19 des Wasserwirtschaftsgesetzes vom 18. Mai 1998 (WWG) die Nutzbarmachung der Wasserkraft des Rheins auf Schaffhauser Gebiet auf das heutige Mass. Insbesondere ist ein Höherstau des Rheins auf Schaffhauser Gebiet verboten. Diese Beschränkung sei kontraproduktiv und würde auch ökologisch tragbare Lösungen verunmöglichen. Die Begrenzung der Nutzbarmachung und das generelle Verbot des Höherstaus seien deshalb so anzupassen, dass der Rhein unter der Voraussetzung der ökologischen Tragbarkeit sowie unter Einhaltung von bestimmten Rahmenbedingungen besser ausgenutzt werden kann.

Die Revision von Art. 19 WWG sei aus folgenden Gründen angezeigt:

- Es sei wichtig, dass auch im Kanton Schaffhausen die haushälterische Nutzung der Energie und die Produktion von erneuerbaren Energien gezielt gefördert und gesteigert werden. Eine ökologisch tragbare Steigerung der Wasserkraftnutzung des Rheins könnte einen namhaften Beitrag zur Erreichung der angestrebten Ziele der Energiewende leisten. Eine durch einen moderaten Höherstau mögliche verstärkte Nutzung der Wasserkraft entspräche den energiepolitischen Zielen und den Anstrengungen für einen geordneten Ausstieg aus der Kernenergie.
- Gegenwärtig sei Art. 19 WWG unklar formuliert. Diese Interpretationsunsicherheit und das generelle Verbot eines Höherstaus würden einer allfälligen ökologisch tragbaren Steigerung der Wasserkraftnutzung des Rheins entgegenstehen.
- Ein generelles Verbot eines Höherstaus des Rheins sei unnötig. Der Schutz des Rheins sei auch ohne den gegenwärtigen Art. 19 WWG ausreichend sichergestellt. Diverse Bundesgesetze schützen die ökologischen Funktionen des Rheins. Beispielsweise bestünden strenge Vorgaben zur Restwassermenge und zur Fischdurchgängigkeit. Die Revision des Wasserwirtschaftsgesetzes soll daher Rechts- und Planungssicherheit schaffen.

Eine Minderheit der Abgeordneten sprach sich jedoch gegen die Vorlage aus. Sie begründete ihre Position im Wesentlichen damit, dass die Nutzbarmachung der Wasserkraft des Rheins unverändert auf das heutige Mass beschränkt bleiben solle, da eine erhöhte Nutzbarmachung nicht im Interesse der Fischpopulation sei. Zudem sei mit der Revision von Art. 19 des Wasserwirtschaftsgesetzes ein neues Kraftwerk in der Nähe des Rheinfalls nicht mehr ausgeschlossen.

Warum eine Volksabstimmung?

Der Kantonsrat hat der Änderung von Art. 19 des Wasserwirtschaftsgesetzes am 2. Dezember 2013 mit 44 zu 5 Stimmen zugestimmt. Anschliessend hat er die Gesetzesänderung selber mit 46 zu 0 Stimmen der obligatorischen Volksabstimmung unterstellt.

Es sei sinnvoller, die Energiewende mit unumstrittenen Projekten voranzutreiben und es bestehe kein Grund, das Wasserwirtschaftsgesetz anzupassen, bevor die Energiewirtschaft nicht ein allfälliges neues Kraftwerkprojekt ausgearbeitet habe.

Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation:

http://www.sh.ch/fileadmin/Redaktoren/Dokumente_nicht_im_Formularpool/Abstimmungen/2014/AbstMag_Kt_2014-05-18.pdf

SO



1. Änderung der Kantonsverfassung: Erneuerbare

Energien in die kantonale Verfassung

JA (70.3 %)

Der Kantonsparlament von Solothurn hat am 8. November 2011 einen Auftrag erheblich erklärt, welcher die kantonale Verfassungsbestimmung über die Energieversorgung (Artikel 117) dahingehend anpassen will, dass der Förderung der erneuerbaren Energien, der dezentralen Energieversorgung sowie dem sparsamen und rationellen Energieverbrauch ihrer Bedeutung entsprechend ein Platz in der kantonalen Verfassung einzuräumen sei.

Der Kantonsrat hat der Vorlage am 29. Januar 2014 zugestimmt, jedoch mit einer knappen Mehrheit von 50 JA zu 41 NEIN.

Eine Mehrheit im Kantonsrat begrüsst die Änderung der Kantonsverfassung aus folgenden Gründen:

- Die fossilen Energieträger würden immer knapper und teurer – eine Abkehr davon sei aus versorgungspolitischen Überlegungen (Auslandabhängigkeit) notwendig.
- Der Ausstieg aus der Kernenergie ist beschlossen; sie sei keine Alternative mehr.
- Die neue Energiepolitik soll im Wesentlichen auf erneuerbare Energien und eine massive Verbesserung der Energieeffizienz setzen.
- Erneuerbare Energien und Energieeffizienz schufen neue Arbeitsplätze und seien energie-, versorgungs- und umweltpolitisch relevant.
- Die Versorgung mit Energie müsse auch in Zukunft gewährleistet sein und die Versorgungssysteme müssten sicher sein.
- Der Werkplatz Schweiz solle nicht durch Energieknappheit in Frage gestellt werden. Die Wettbewerbsfähigkeit solle nicht unter zu hohen Kosten leiden.

Eine breite Minderheit im Kantonsrat lehnt ihrerseits die Verfassungsänderung aus folgenden Gründen ab:

- Die Wirtschaftlichkeit sei fragwürdig und es sei eine Stromkostenerhöhung zu befürchten.
- Die Verfassungsänderung komme zu früh, erst solle eine Diskussion über die Energiestrategie 2050 des Bundes durch das eidgenössische Parlament abgewartet werden.
- Die Änderung würde Staatsausgaben verursachen, die mit Mehrkosten für Steuerzahlende verbunden seien.
- Technische Anleitungen seien nicht in der Verfassung zu verankern.

2. Totalrevision des Gesetzes über die öffentlichen Ruhetage

JA (61.8 %)

Das geltende Gesetz über die öffentlichen Ruhetage wurde am 24. Mai 1964 erlassen und bedarf sowohl inhaltlich als auch in Bezug auf das übergeordnete Bundesrecht und das sonstige kantonale Recht der Überarbeitung. Gewisse Vorschriften würden heute nicht mehr verstanden, so zum Beispiel das Verbot an Sonn- und Feiertagen von Übungen und Inspektionen der Feuerwehren oder die Abhaltung von Zahltagen. Ein Komitee hat das Referendum gegen den Beschluss des Kantonsrates ergriffen. Die Vorlage gelangt deshalb in die Volksabstimmung.

Das neue Gesetz soll anstelle einer Auflistung von Verboten all jene Tätigkeiten und Veranstaltungen aufführen, welche am jeweiligen Feiertag die öffentliche Ruhe stören. Dadurch soll gewährleistet werden, dass die neue Fassung modern und aktuell bleibt.

Für die hohen Feiertage sind vier Tätigkeiten untersagt:

- Schiessübungen;
- Sportveranstaltungen jeder Art;
- öffentliche Veranstaltungen und Umzüge;
- das Überfliegen von Ortschaften mit Motorflugzeugen zu Sportzwecken.

Der Eidgenössische Dank-, Buss- und Bettag (Quelle: Historisches Lexikon der Schweiz)

Er ist ein staatlich angeordneter, überkonfessioneller Feiertag, der von allen christlichen Kirchen und der israelitischen Kultusgemeinde gefeiert wird.

In Notzeiten des Spätmittelalters ordneten die Obrigkeiten Buss- und Dankfeiern an. Die Tradition des «Grossen Gebets der Eidgenossen» ist erstmals 1517 schriftlich überliefert. Obrigkeiten reformierter Orte legten im 16. Jahrhundert anlässlich von Pestzügen und Teuerungen wöchentliche oder monatliche Buss- und Bettage fest (Basel 1541, Zürich 1571, Bern 1577), die später häufig mit Fastenübungen und Kollekten für Notleidende Glaubensgenossen verbunden wurden.

Nachdem 1619 zum Dank über den Erfolg der Dordrechter Synode ein erster gemeinsamer Bettag der evangelischen Orte stattgefunden hatte, beschloss die evangelische Tagsatzung mitten im Dreissigjährigen Krieg, 1639, aus Dankbarkeit für die bisherige Bewahrung die Einführung eines alljährlichen Bettags. 1643 vereinbarten auch die katholischen Stände, Andachten und Bettage anzuordnen. Im Juli 1796 beschloss die gemeineidgenössische Tagsatzung auf Antrag Berns und angesichts der drohenden Revolution, den Bettag erstmals als allgemeine eidgenössische Festfeier durchzuführen.

Der Bettag überdauerte Helvetik, Mediation und Restauration, wenn auch von Katholiken und Reformierten an verschiedenen Tagen begangen. In der Regeneration legte die Tagsatzung 1832 auf Antrag des Aargaus den Bettag für alle Kantone auf den dritten Sonntag im September fest. Die Anordnung des Eidgenössischen Dank-, Buss- und Bettags blieb auch im Bundesstaat seit 1848 Sache der Kantone bzw. der reformierten kantonalen Oberbehörden und der katholischen Bistümer. Im Bundesrecht orientiert sich einzig das Geschäftsverkehrsgesetz bezüglich Beginn der Herbstsession am Bettag. Zunächst erliessen die Kantonsregierungen Bettagsmandate, die aus religiöser Sicht auf die aktuellen geistigen, sittlichen, aber auch politischen, wirtschaftlichen und sozialen Themen eingingen. Als Zürcher Staatsschreiber verfasste zum Beispiel Gottfried Keller von 1863 bis 1872 solche Mandate. Die Bischöfe beschlossen 1886 eine für die ganze katholische Schweiz verbindliche Festordnung und publizierten zu diesem Anlass einen Hirtenbrief.

In Solothurn soll die Liste der Feiertage insgesamt unverändert bleiben. Der Eidgenössische Betttag soll aber nicht mehr als **hoher** Feiertag, sondern als Feiertag aufgeführt werden. Wegen dieser Bestimmung wurde das Referendum ergriffen. Nach der Meinung des Referendumskomitees soll der Betttag als wichtiger, überkonfessioneller, historisch begründeter Feiertag des Dankes und der Besinnung auch in Zukunft in Ruhe begangen werden können.

3. Änderung des Konkordats über Massnahmen gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen

JA (88.9 %)

Als Massnahmenpakt gegen die Gewaltbereitschaft anlässlich von Sportveranstaltungen hat die Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD) 2007 das Konkordat über Massnahmen gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen (Hooligan-Konkordat) verabschiedet. Dennoch ist es in den letzten Jahren weiterhin zu Gewalttätigkeiten mit Personen- und Sachschäden gekommen, so dass die KKJPD am 2. Februar 2012 einstimmig eine massvolle Änderung des Hooligan-Konkordats beschlossen hat. Das Solothurner Kantonsparlament hat der Änderung des Konkordats am 13. November 2013 zugestimmt. Ein Komitee hat das Referendum gegen den Beschluss des Kantonsrates ergriffen.

Für die Kantonsbehörden sei die Änderung des sog. Hooligan-Konkordats aus folgenden Gründen erforderlich:

- zum Schutz friedlicher Besucher seien gewaltbereite Einzelpersonen gezielter von der Teilnahme an Sportanlässen abzuhalten;
- Spielbewilligungen und sachgerechte Auflagen erhöhten die Selbstverantwortung der Veranstalter;
- die von der Allgemeinheit zu tragenden Kosten für Polizeieinsätze seien zu verringern;
- die Polizei könnte ihrer Hauptaufgabe, der Wahrung der öffentlichen Sicherheit, besser nachkommen;
- das Bundesgericht habe die Verfassungsmässigkeit der Änderung bestätigt.

Haltung anderer Kantone

Bis heute haben 16 Kantone der Änderung des Hooligan-Konkordats zugestimmt (Aargau, die beiden Appenzell, Bern, Freiburg, Jura, Luzern, Neuenburg, Obwalden, St.Gallen, Tessin, Uri, Waadt, Wallis, Zürich und Zug). Die beiden Basel lehnten die Änderung bislang ab (Stand Februar 2014).

In Bern, Zürich und Zug hat sich die Bevölkerung jeweils mit grossem Mehr für die Annahme der Änderung ausgesprochen (ZH: 85,4% Ja-Stimmen, ZG: 81,0% Ja-Stimmen, BE: 78,2% Ja-Stimmen).

Wie zuvor bereits in anderen Kantonen wurde auch in Solothurn das Referendum gegen die Änderung des Konkordats ergriffen. Das Referendumskomitee macht folgende Gründe geltend:

- Die bürokratischen Vorschriften würden die Planung für die Vereine verunmöglichen.
- Bereits heute bestünden genügend gesetzliche Grundlagen, um die kleine Minderheit an Problemfans dingfest zu machen.
- Der Staat würde ALLE Matchbesucher und Besucherinnen bevormunden.
- Mit der Konkordats-Verschärfung könnten Aufenthaltsverbote für bestimmte Gebiete verfügt werden.
- Die Sportvereine hätten das grösste Interesse daran, dass die Veranstaltungen sicher von statten gingen; mit der neuen Regelung würde jedoch diese Verantwortung dem Staat zukommen.

- Die Massnahmen seien nicht zielführend; sie würden im Gegenteil einen grossen bürokratischen und finanziellen Aufwand verursachen.

Bundesgericht bestätigt Verfassungsmässigkeit der Änderung (vgl. auch Newsletter vom 9. Februar 2014, S. 4)

Im Januar 2014 hat sich auch das Bundesgericht mit der Änderung des Hooligan-Konkordats befasst: Die Verfassungsmässigkeit der Änderung wurde grundsätzlich bestätigt. Auch die vom Referendumskomitee als Bevormundung kritisierten Massnahmen sind gemäss Bundesgericht rechtmässig.

Einzig in zwei untergeordneten Punkten wurde ein Korrekturbedarf festgestellt: Sowohl auf die einjährige Minimaldauer eines Rayonverbots als auch auf die zwingende Verdoppelung der Dauer einer Meldeauflage ist aus Gründen der Verhältnismässigkeit zu verzichten.

Die KKJPD hat diese beiden Änderungen bereits in den Konkordatstext aufgenommen. Dem Solothurner Stimmvolk wird der vom Bundesgericht bestätigte, verfassungskonforme Text des Hooligan-Konkordats zur Abstimmung unterbreitet.

Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation:

http://www.so.ch/fileadmin/internet/sk/skrde/pdf/abstimmungen/2014/LowRes_Abstimmung_5_2014.pdf

TI



1. Principi di gestione finanziaria e freno ai disavanzi pubblici

(Modifica del 27 gennaio 2014 della Costituzione cantonale)

SI (55.05 %)

I cittadini ticinesi sono chiamati a esprimersi sull'inserimento nella Costituzione cantonale di norme che dovrebbero garantire nel tempo l'equilibrio dei conti pubblici cantonali e tutelino i cittadini dal ricorso ad un eccessivo indebitamento pubblico.

Dopo molti anni di discussione il Gran Consiglio ha approvato un modello di disciplina finanziaria, al quale i politici cantonali dovranno attenersi.

Nel medio termine le finanze cantonali dovrebbero essere in equilibrio. Ogni compito del Cantone dovrebbe essere periodicamente verificato, imponendo ai politici un esame di priorità d'intervento e di sostenibilità finanziaria.

L'evoluzione della spesa pubblica dovrebbe essere controllata in modo più rigoroso. Di principio i conti preventivi e consuntivi del Cantone dovrebbero essere in equilibrio. Disavanzi d'esercizio in un anno dovrebbero essere compensati con avanzi d'esercizio di altri anni nel medio termine.

Solo in situazioni particolari (bisogni eccezionali o crisi economica) potrebbero essere tollerati conti deficitari, ma entro determinati limiti. L'equilibrio dei conti imporrà scelte chiare e trasparenti riguardo alla riduzione delle spese rispettivamente all'incremento delle entrate.

Una modifica del coefficiente cantonale d'imposta per essere decisa necessiterebbe dell'accordo della maggioranza qualificata del Gran Consiglio (almeno 2/3 dei votanti). Ogni modifica del coefficiente d'imposta sarebbe referendabile.

Si tratta di una modifica costituzionale obbligatoriamente sottomessa al referendum. Alcuni partiti politici tanto di sinistra che di destra della scacchiera politica si oppongono a tale revisione.

2. Sussidi di cassa malati (Modifica del 25 novembre 2013 della legge cantonale di applicazione alla legge federale sull'assicurazione malattie)

NO (52.71 %)

Queste normative disciplinano uno dei criteri di calcolo della riduzione dei premi nell'assicurazione malattie (i cosiddetti sussidi di cassa malati) per le diverse categorie di età degli assicurati (minorenni fino a 18 anni, giovani adulti di età superiore a 18 anni e inferiore a 25 anni, e adulti di età superiore a 25 anni): il premio medio di riferimento.

Il testo attuale dei citati articoli prevede che il premio medio di riferimento sia determinato tenendo conto solo del modello assicurativo standard (libera scelta del fornitore di prestazioni), con franchigia ordinaria di 300 franchi l'anno e rischio d'infortunio incluso.

La misura approvata dal Gran Consiglio prevede di determinare il premio medio di riferimento considerando non solo il modello assicurativo standard ma, secondo le proporzioni riscontrate nelle scelte della popolazione, anche i modelli alternativi (ad esempio quello del « medico di famiglia ») che sempre più sono preferiti dai cittadini ticinesi. La modifica mantiene invece la franchigia ordinaria di 300 franchi e comprende ancora il rischio d'infortunio.

Il comitato referendario considera che i tagli lineari per definizione sarebbero la misura più iniqua possibile ancorché, certo, la più sbrigativa. La misura proposta escluderebbe dal sussidio oltre 5600 persone ed il taglio lineare colpirebbe in maggior misura i minorenni.

Il quadro della situazione si farebbe ancor più preoccupante se si pensa alle centinaia di milioni di franchi pagati ingiustamente dai ticinesi per costituire riserve di casse malati: mezzi che sono stati impiegati per moderare i premi di cassa malati in altri Cantoni.

E ciononostante anche quest'anno in Ticino i premi sarebbero aumentati, in alcuni casi in misura anche molto rilevante.

La volontà di escludere dall'aiuto nel pagamento dei premi di cassa malati un numero considerevole di persone non avrebbe riscontro neanche nelle statistiche a livello nazionale, che registrano invece il 30% circa della popolazione svizzera al beneficio di sussidi per il pagamento dei premi di cassa malati.

3. Amnistia fiscale (Modifica del 25 novembre 2013 della legge tributaria)

SI (52.90 %)

A partire dal 1. gennaio 2014 fino al 31 dicembre 2015 le persone fisiche e le persone giuridiche che hanno omesso di dichiarare redditi e/o sostanza rispettivamente utili e/o capitali potranno far capo all'amnistia fiscale beneficerebbero di una riduzione del 70% delle aliquote applicabili al recupero delle imposte cantonali e comunali sottratte negli ultimi 10 anni.

I proventi dall'amnistia confluirebbero in un fondo cantonale per favorire il lavoro: il ricavato sarebbe infatti utilizzato per favorire l'economia ticinese e, in particolare, l'occupazione locale. Il provvedimento avrebbe quindi anche uno scopo sociale.

L'obiettivo principale dell'amnistia consisterebbe nel far emergere capitali non dichiarati che rischierebbero di non venire alla luce senza l'adozione di questo provvedimento. L'emersione di questi capitali permetterebbe di ampliare il substrato fiscale degli enti pubblici e comporterà quindi maggiori entrate ricorrenti. I capitali denunciati e i relativi redditi saranno infatti imposti in futuro e contribuiranno a incrementare il gettito fiscale dei Comuni, del Cantone e della Confederazione.

Il governo ticinese, che già nel 2010 propose l'amnistia fiscale cantonale, stima che grazie all'amnistia fiscale potrebbero emergere ingenti capitali precedentemente mai dichiarati, assicurando così in futuro una loro corretta imposizione.

Il comitato refeedario ha un'opinione diversa.

Questo provvedimento consentirebbe a chi ha evaso il fisco per anni sottraendo importanti risorse allo Stato, di autodenunciarsi e di beneficiare di uno sconto del 70% sul dovuto senza nemmeno pagare una multa.

Di fatto, quindi, questa amnistia fiscale intaccerebbe il principio della parità di trattamento fra contribuenti: chi ha dichiarato correttamente ha pagato il 100%, chi ha fatto il furbo pagherà solo il 30%. La proposta inoltre traballerebbe dal profilo giuridico: diversi fiscalisti la ritengono incompatibile con la Costituzione federale e con la legge federale sull'armonizzazione delle imposte dirette dei Cantoni e dei Comuni.

Oggi in Svizzera, e quindi pure in Ticino, è già possibile per i contribuenti procedere all'autodenuncia esente da pena. Le persone che si autodenunciano possono beneficiare di condizioni particolari e non sono perseguite penalmente né multate. Devono solo impegnarsi a pagare quanto sottratto al fisco negli ultimi anni. Questa misura, nel periodo fiscale 2010 in Ticino ha reso possibili 67 autodenunce, che hanno permesso di creare un gettito fiscale supplementare di 17 milioni di franchi. Nel periodo fiscale 2011 vi sono state 128 autodenunce per un gettito fiscale ulteriore di 51 milioni di franchi. Nel 2012 esse sono salite a 173, mentre l'anno scorso sono state 225.

L'amnistia fiscale proposta dal parlamento ticinese ridurrebbe semplicemente del 70% tutti i milioni che stiamo incassando in questo modo. Di conseguenza, non avremmo neanche le entrate supplementari da destinare al cosiddetto « Fondo per il lavoro ».

Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation:

http://www4.ti.ch/fileadmin/GENERALE/DIRITTIPOLITICI/votazioni/18052014/VotazioneCantonale_18052014_opuscolo.pdf

VD



Initiative populaire «Sauver Lavaux» qui propose de modifier la loi du 12 février 1979 sur le plan de protection de Lavaux (LLavaux)

NON (68.09 %)

et

Contre-projet du Grand Conseil, loi du 21 janvier 2014 modifiant la loi du 12 février 1979 sur le plan de protection de Lavaux (LLavaux)

OUI (68.47 %)

Les citoyennes et citoyens vaudois sont appelés à se prononcer sur l'initiative populaire cantonale «Sauver Lavaux III» qui a abouti en août 2009. Cette initiative législative propose de modifier en profondeur la loi sur le plan de protection de Lavaux (LLavaux) pour interdire, à quelques rares

exceptions, de nouvelles constructions au sein du périmètre protégé. L'initiative souhaite aussi que certaines zones voisinant le site deviennent inconstructibles.

L'initiative «Sauver Lavaux III» a été lancée en mars 2009. Elle considère en substance que le développement immobilier menace de dégrader irrémédiablement le site protégé de Lavaux. Par conséquent, l'initiative souhaite y empêcher de nouvelles constructions, étendre la protection à de nouveaux territoires en bordure du site, modifiant pour ce faire une grande partie de la LLavaux.

Par deux fois déjà, en 1977 et 2005, le peuple vaudois a massivement approuvé les précédentes initiatives « Sauver Lavaux I et II », manifestant sa volonté de préserver cette «carte de visite de la Suisse» en ancrant sa protection dans la Constitution vaudoise. Les auteurs de la troisième initiative considèrent que, malheureusement, les municipalités ne tiennent pas compte de leur mandat constitutionnel de protéger Lavaux. Ce patrimoine irremplaçable serait constamment menacé par les pressions énormes du secteur immobilier. Une politique du « laisser-faire » dénaturerait petit à petit le paysage.

La protection d'un site classé au Patrimoine mondial : pas si facile...

Le site de Lavaux est protégé depuis 1977 et l'acceptation par le peuple vaudois (54.95%) de la première initiative constitutionnelle «Sauver Lavaux». Précisant cette volonté populaire, la loi sur le plan de protection de Lavaux (LLavaux) a défini en 1979 les objectifs et principes de protection du site et fixé dans un plan son périmètre précis, avec ses différents territoires (viticoles, agricoles, habitat, etc.).

En 2003, l'entrée en vigueur de la nouvelle Constitution vaudoise entraîna la suppression de l'article de 1977 sur Lavaux. Une deuxième initiative «Sauver Lavaux» fut alors lancée pour réintroduire un article *ad hoc* au niveau de la Constitution. Très peu combattue (en raison notamment de la procédure d'inscription au Patrimoine mondial), elle fut acceptée en 2005 par 80.98 % de la population.

Depuis 2007, la région de Lavaux est donc également inscrite à l'UNESCO. Cette inscription atteste de la qualité exceptionnelle et universelle d'un site à préserver, mais ne constitue pas juridiquement une protection supplémentaire. Elle pourrait même se révéler contreproductive, comme le craint un historien de l'art et professeur à l'EPFL : « *Mon sentiment est que malheureusement l'inscription de Lavaux au patrimoine mondial de l'UNESCO a aiguisé les appétits sans créer une véritable conscience de ce qui la motivait à l'origine* »².

En août 2009, « Sauver Lavaux III » est déposée. Il s'agit non plus d'une initiative constitutionnelle, mais d'un projet de loi rédigé de toutes pièces. Le Conseil d'Etat vaudois propose alors déclarer nulle cette initiative. Le Grand Conseil ne le suit pas et valide l'initiative. Trois recours sont alors adressés à la Cour constitutionnelle vaudoise, qui les accepte en novembre 2010. Nouveaux recours, des initiants cette fois, au Tribunal fédéral, qui reconnaît la validité de l'initiative et annule l'arrêt de la Cour constitutionnelle (arrêt du 20 décembre 2011, 1C_578/2010)³.

Dans un but principal de mise à jour, la LLavaux a été révisée en 2011 par le Grand Conseil. Cette révision a aussi entraîné une diminution de 11 hectares des zones à bâtir, ainsi que l'institution d'une commission consultative pour favoriser la qualité des bâtiments édifiés sur le site. Depuis lors, le site protégé de Lavaux (898 hectares) totalise aujourd'hui 78% de territoires non constructibles (dont 574 hectares de vignes), 2% de territoires d'utilité publique (écoles, parkings, cimetières, etc.) et 20% de territoires constructibles (comprenant aussi l'ensemble du bâti existant). Environ 14 000 personnes habitent aujourd'hui sur le site, réparti entre dix communes.

² Pierre Frey, *24 Heures*, 1^{er} mars 2011.

³ http://www.bger.ch/fr/mm_1c_578_2010_d.pdf (consulté le 29.04.2014).

Le gouvernement et le parlement vaudois considèrent que l'initiative est excessive et inapplicable ; ils lui opposent un contre-projet direct protégeant définitivement 80% du site – de même que 100 % des terres viticoles et agricoles – et visant à réduire de moitié les zones à bâtir encore disponibles pour l'accueil de nouveaux habitants. Le contre-projet ne mettrait pas la région sous cloche, mais lui assurerait une vie économique et sociale. Il garantirait de pouvoir y construire les équipements publics nécessaires aux habitants de cette région. Il prévoit aussi des aides financières favorisant une meilleure intégration des constructions dans le paysage, ainsi que l'entretien et la réfection des murs de vigne en pierres.

Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation:

http://www.vd.ch/fileadmin/user_upload/themes/etat_droit/votations_elections/fichiers_pdf/VD140518_Brochure_votation_cantonale.pdf

VS



1. Loi cantonale sur les soins de longue durée du 14 septembre 2011 OUI (62.3 %)

La loi cantonale sur les soins de longue durée est le premier texte qui régleme l'offre de prise en charge des personnes âgées qui ont besoin d'assistance et de soins. Elle a un double objectif :

- permettre à chaque personne âgée de bénéficier en tout temps des soins et de l'encadrement dont elle a besoin, et cela quel que soit le lieu où elle habite ;
- assurer le financement de prestations de proximité et de qualité pour les personnes âgées du canton du Valais.

Un référendum a été déposé contre la loi, mais il porte uniquement sur la participation des assurés aux coûts des soins en EMS et en lits d'attente hospitaliers.

Signe de prospérité et témoignage de la qualité du système de santé en Suisse, les personnes âgées y sont de plus en plus nombreuses. Pour qu'elles puissent continuer de disposer d'une prise en charge adaptée à leurs besoins, le législateur fédéral a modifié la loi fédérale sur l'assurance-maladie (LAMal). Un nouveau régime fédéral de financement des soins est ainsi entré en vigueur en 2011. Il porte sur le financement des soins donnés par les EMS, les structures de soins de jour ou de nuit, les organisations de soins et d'aide à domicile et les infirmières ou infirmiers indépendants (art. 25a al. 1, 3, 4 et 5). Ce financement repose exclusivement sur :

- les assureurs-maladie ;
- le canton et les communes ;
- les assurés, qui peuvent être appelés à participer aux coûts des soins à hauteur de 20% au plus de la contribution maximale de l'assurance-maladie.

Les cantons sont chargés de l'application de ce nouveau régime. Le canton du Valais l'a fait avec la loi sur les soins de longue durée.

Aux dires des autorités cantonales, ce texte est basé sur les valeurs de liberté, de dignité, d'intégrité et d'égalité. Il aurait pour objectif de garantir à chaque personne âgée qui en a besoin des soins et un encadrement adaptés en tout temps. La loi aurait pour ambitions de :

- favoriser autant que possible la poursuite de la vie à domicile ;
- mettre à disposition des personnes âgées dépendantes de soins et d'aide une offre de prestations de qualité, complète et coordonnée dans chaque région du canton ;
- renforcer la coordination entre les prestataires de soins (EMS, organisations d'aide et de soins à domicile, infirmières et infirmiers indépendants, etc.) pour améliorer la prise en charge des personnes

âgées ;

- préciser la répartition des tâches entre le canton et les communes ;
- assurer la répartition du financement entre le canton (70%) et les communes (30%) ;
- fixer les participations des assurés aux coûts des soins en application de la législation fédérale.

Le comité référendaire conteste le *volet financier* de la loi. A ses yeux, puisque les résidentes et résidents des EMS paient déjà eux-mêmes en moyenne CHF 43'300.- par an pour la pension et le logement, la charge supplémentaire prévue pour les personnes âgées et leurs familles et pouvant jusqu'à CHF 10'000.-, serait antisociale et irresponsable.

La nouvelle loi ne tiendrait nullement compte de la situation économique particulière du Valais avec ses nombreux patrimoines constitués par des maisons et appartements. Sous prétexte que les riches, qui ne séjournent pour la plupart pas dans un EMS public, contribueraient au coût, des milliers de Valaisans de condition modeste devraient à l'avenir contribuer à financer les coûts des soins des personnes âgées. La plupart des personnes touchées seraient des employés de chemin de fer, d'usine, de la construction ou des simples employés ou des petits indépendants qui ont économisé pendant toute leur vie active et qui ont payé leur maison, et qui maintenant seraient punis.

2. Initiative populaire cantonale «pour un salaire minimum légal» **NON (80.7 %)**

Se fondant sur les articles 13^{bis}, 14 et 33 al. 1 de la Constitution cantonale, les initiants demandent l'élaboration d'une loi cantonale fixant un salaire minimum interprofessionnel de CHF 3'500.- par mois, ainsi qu'un treizième salaire de même valeur, pour un contrat de travail à plein temps, ce ainsi qu'un salaire minimum progressif pour les apprentis. Une dérogation/réduction de CHF 500.- par mois au montant requis serait possible pour autant que les rapports de travail soient soumis à une convention collective obligatoire.

Les objectifs généraux de l'initiative sont de lutter contre la pauvreté et le dumping salarial, tout en trouvant une solution adaptée aux besoins spécifiques du canton du Valais. Les cantons de Neuchâtel et du Jura viennent d'adopter également le principe d'un salaire minimum cantonal.

Les initiants considèrent que, dans un pays aussi riche que la Suisse, il est inacceptable que certaines personnes ne puissent vivre dignement avec leur salaire, alors qu'elles travaillent pourtant à 100%. La dignité pour les travailleurs et leur famille serait essentielle et cette initiative devrait garantir que toute personne habitant le canton du Valais soit à même de vivre de son revenu et, ainsi, de ne pas dépendre de l'aide sociale.

Malgré l'aboutissement au niveau fédéral de l'initiative constitutionnelle fédérale dénommée «Pour la protection de salaires équitables», les autorités cantonales, dans le souci de respecter l'exercice des droits populaires, ont proposé que le texte de l'initiative soit quand même soumis au souverain.

Les autorités recommandent cependant le rejet de cette initiative, car même si, de manière virtuelle, l'initiative peut paraître louable quant aux objectifs qu'elle poursuit, elle ne constituerait pas une réponse à la lutte menée contre la précarité et les « travailleurs pauvres » (working poors), et cela d'autant plus que le canton du Valais bénéficierait depuis toujours d'un partenariat social solide.

Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation:

http://www.vs.ch/Repository/DS_369/C_26/139/Notice%20explicative_Vot_Cant_18_05_2014_F.pdf



1. Kantonale Volksinitiative «Weniger Steuern fürs Gewerbe (Kirchensteuerinitiative)»

NEIN (71.84 %)

Die Volksinitiative «Weniger Steuern fürs Gewerbe (Kirchensteuerinitiative)» will Unternehmen von der Pflicht zur Entrichtung von Kirchensteuern befreien.

Die Initianten machen geltend, dass die juristischen Personen im Gegensatz zu natürlichen Personen sich nicht durch Austritt aus der Kirche von der Steuerpflicht befreien können. Damit seien der Grundsatz der Glaubensfreiheit und das Prinzip der religiösen Neutralität verletzt. So müsse zum Beispiel ein Firmeneigentümer Kirchensteuer bezahlen, selbst wenn er einer anderen Religionsgemeinschaft angehören würde. Eine Abschaffung der Kirchensteuer würde die Unternehmen im Kanton Zürich erheblich entlasten und stelle ihnen frei, sich freiwillig durch Spenden zu engagieren.

Kantonsrat und Regierungsrat lehnen die Initiative ab. Sie sind der Meinung, dass die Leistungen der anerkannten kirchlichen Körperschaften in den Bereichen Soziales, Bildung und Kultur wesentlich zu einer stabilen Gesellschaft beitragen, wovon auch die Unternehmen im Kanton profitieren würden.

Die eingenommenen Kirchensteuern der juristischen Personen dürften sodann nur für Leistungen von gesamtgesellschaftlicher Bedeutung und nicht für kultische Zwecke (Gottesdienst, Abendmahl, religiöse Zeremonien usw.) genutzt werden und seien somit zweckgebunden.

Zahlreiche Gewerbebetriebe seien von der Kirchensteuer gar nicht betroffen, weil nicht als juristische Person organisiert. So würden von allen Unternehmen im Kanton Zürich nur rund zwei Drittel Kirchensteuer bezahlen. Diese würde etwa 4–5% der gesamten Staats- und Gemeindesteuern der juristischen Person ausmachen.

Der Kantonsrat hat die Volksinitiative am 13. Januar 2014 mit 123 zu 40 Stimmen abgelehnt, wobei eine Minderheit die Volksinitiative mit folgenden Argumenten befürwortet: Sie will die steuerliche Ungleichbehandlung zwischen natürlichen und juristischen Personen beseitigen und die Wirtschaft durch Abschaffung der Kirchensteuer in der Höhe von zirka 120 Millionen Franken jährlich entlasten. Zudem seien die Kirchen mit anderen Religionsgemeinschaften und privaten Institutionen, die ebenfalls einen wertvollen sozialen Beitrag für unsere Gesellschaft leisteten, gleichzustellen und nicht durch Steuereinnahmen zu bevorzugen. Ohne diese Steuereinnahmen seien die anerkannten Kirchen fortan frei, ihre finanziellen Ressourcen nach Bedarf und ohne negative Zweckbindung einzusetzen.

Bundesgericht sieht keine Verletzung der Glaubens- und Gewissensfreiheit

Das Bundesgericht hat immer wieder bestätigt, dass die Erhebung von Kirchensteuern bei juristischen Personen mit der in der Bundesverfassung in Art. 15 gewährleisteten Glaubens- und Gewissensfreiheit vereinbar ist.

Insgesamt 20 Kantone kennen die Kirchensteuer für juristische Personen, nur 6 Kantone haben keine (BS, SH, AG, AR, VD, GE).

2. Kantonale Volksinitiative «Keine Werbung für alkoholische Getränke auf Sportplätzen sowie an Sportveranstaltungen im Kanton Zürich»

NEIN (62.17 %)

Diese Initiative möchte Alkoholwerbung auf Sportplätzen und an Sportveranstaltungen umfassend verbieten.

Das Initiativkomitee will das gesetzliche Werbeverbot für Spirituosen auf alle alkoholischen Getränke ausdehnen, so dass Sportveranstalter klare Vorgaben erhalten würden. Mit dem Zürich Marathon mit 7000 Teilnehmenden sei bewiesen worden, dass Sportevents nicht auf Alkoholwerbung angewiesen seien.

Kantonsrat und Regierungsrat lehnen die Initiative ab, weil das heute geltende Werbeverbot für Alkohol und andere Suchtmittel wirksam sei und den Schutz der Kinder und Jugendlichen vor Suchtmittelmissbrauch weitgehend verwirklichen würde. Diesbezüglich würde die Initiative nur geringe Verbesserungen bringen. Hingegen bestehe bei einem umfassenden Werbeverbot für Alkohol die Gefahr, dass sich Sponsoren zurückziehen würden. Da eine Ausdehnung des Werbeverbots nur einen sehr beschränkten zusätzlichen Nutzen erzielen würde, sei die Verhältnismässigkeit der Massnahme fragwürdig und damit eine Verletzung der Wirtschaftsfreiheit nicht ausgeschlossen.

Die Ablehnung der Initiative im Kantonsrat erfolgte am 11. November 2013 mit 146 zu 14 Stimmen. Die unterliegende Minderheit des Kantonsrates spricht sich deshalb für die Initiative aus, weil gerade die emotionale Stimmung bei Sportanlässen die Werbewirkung für Alkohol unterstützen würde. Dies führe zu einer Beeinträchtigung der millionenteuren Suchtprävention. Auch ohne Alkoholwerbung seine Sponsoren zu finden, so etwa im Handel, Gewerbe und in der Industrie. Aus diesem Grund werde durch ein umfassendes Alkoholwerbeverbot keine Sportveranstaltung verunmöglicht.

Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation:

http://www.zh.ch/internet/de/home.contentTab.2.reiter_wahlen_abstimmungen.html#a-content-content-internet-de-home-jcr-content-contentTab